

## DAS DOKUMENT

### Die Humanistische Union zur Notstandsgesetzgebung

Der Entwurf der Bundesregierung sieht für den Notstandsfall unter anderem eine Einschränkung des Grundrechts aus Artikel 5 des Grundgesetzes über das sonst zulässige Maß hinaus vor. Aufgrund dieser Bestimmung könnte im Notstandsfall nicht nur die Meinungs- und Pressefreiheit, sondern auch die Freiheit der Kunst und Wissenschaft, der Forschung und Lehre suspendiert werden.

Die Humanistische Union sieht keinen Grund, das Grundrecht der Freiheit der Kunst und Wissenschaft, der Forschung und Lehre in Ausnahmesituationen einzuschränken. Die Freiheit der Lehre darf nur am Grundsatz der Treue zur Verfassung ihre Grenze finden. Auch für die vorgesehene, fast grenzenlos mögliche Einschränkung der Meinungs- und Pressefreiheit ist kein Grund ersichtlich. Eine im Kriegsfall allenfalls erforderliche Beschränkung der Beschaffung und Weitergabe von militärischen Nachrichten könnte durch eine Selbstkontrollinstanz der Presse unter staatlicher Mitwirkung geregelt werden.

Die Humanistische Union richtet daher an alle Abgeordneten des Deutschen Bundestages die Bitte, nochmals eingehend zu prüfen, ob sie nach den geschichtlichen Erfahrungen nicht *verpflichtet sind, jede die Struktur unserer Verfassung angreifende Veränderung des Grundgesetzes abzulehnen.*

Die Ausnahmesituation darf nicht die Stunde der Exekutive werden. Der Inhaber der ausübenden Staatsgewalt darf niemals beliebig unter Suspension wesentlicher Grundsätze unserer Verfassung Notstandsmaßnahmen ergreifen können.

Die von der Bundesregierung vorgelegte Notstandsregelung widerspricht diesem Prinzip und übernimmt in wesentlichen Punkten die verhängnisvolle Notstandsbestimmung der Weimarer Verfassung. Der Bundespräsident kann mit Gegenzeichnung des Bundeskanzlers bei „Gefahr im Verzuge“ den „Zustand der äußeren Gefahr“ feststellen; der „Zustand der inneren Gefahr“ bedarf keiner derartigen Proklamation; die Bundesregierung hat in beiden Fällen das Recht — „wenn die Lage sofortiges Handeln erfordert“ —, Notverordnungen zu erlassen und dabei Grundrechte zu suspendieren. Dieses Recht der Bundesregierung kann vom Bundeskanzler auf einen allein von ihm bestimmten Kabinettsausschuß übertragen werden.

Gewährt man der Exekutive oder auch nur der Regierungsmehrheit derartige Notstandsbefugnisse, dann gibt man den tatsächlich herrschenden Gruppen ein Mittel in die Hand, durch Notstandsmaßnahmen eine demokratische Abberufung zu verhindern, oder unter dem Vorwand des Verfassungsschutzes „das unmerkliche Übergleiten in die diktatorische Freiheitszerstörung glatt verlaufen zu lassen“ (*Adolf Arndt*).

Die Humanistische Union appelliert an den Deutschen Bundestag, nicht ein zweites Mal den Weg zur legalen Umwandlung der Demokratie in eine Diktatur freizugeben.

## ZEITSCHRIFTEN-SPIEGEL

„Gewonnen hat in Berlin die Vernunft“

Ober die Berliner Passierschein-Aktion schreibt in der Wochenendausgabe des *Zürcher Tages-Anzeiger* (vom 11. 1. 1964) Chefredakteur Dr. *August E. Hohler*, der jahrelang Bonner Korrespondent dieses großen demokratischen Blattes war, in einer Betrachtung unter dem Titel „Immerhin ein Anfang“ u. a.:

„Der Beweis ist nun erbracht, daß es jenseits der sterilen Parole ‚Alles oder nichts‘, jenseits von absoluten (das heißt unerfüllbaren) Forderungen die Möglichkeit der praktischen kleinen Schritte gibt, welche zur Entschärfung der Situation, zur allmählichen Annäherung führen können — in Berlin, und natürlich nicht nur dort. Gewiß, auf dem neuen Weg fehlt es nicht an Hindernissen und Fallstricken, aber der alte hat sich längst als Sackgasse erwiesen (und es ist dem Westen nicht verboten, den Osten bei künftigen Verhandlungen an politischem Scharfsinn zu übertreffen). Gewonnen hat in Berlin die Ver-

nunft; wenn weiter auf sie gehört wird — freilich nur dann —, darf man zuversichtlich sein.“

Mit den Möglichkeiten, innerhalb ganz Deutschlands die Freiheit des Reiseverkehrs wiederherzustellen, befaßt sich *Sebastian Haffner* im *Stern* (Nr. 1/1964) in Ausführungen, die viel Widerspruch finden dürften, aber möglichst unvoreingenommen bedacht werden sollten:

„Wenn es mit der deutschen Ost-West-Wanderung so weitergegangen wäre wie in den fünfziger Jahren, dann hätte im Jahre 2000 die deutsche Volks- und Siedlungsgrenze nicht mehr an der Oder und Neiße gelegen, sondern an der Elbe und Werra. Das ganze deutsche Volk hätte sich dann nach und nach auf dem überfüllten Gebiet der heutigen Bundesrepublik zusammengedrängt. In Rostock und Magdeburg, in Weimar und Jena und Leipzig und Dresden, und schließlich auch in Berlin hätten dann im Jahre 2000 vielleicht Polen gewohnt, vielleicht Russen, vielleicht Chinesen; aber bestimmt keine Deutschen mehr.

Ein hoher Preis für eine ‚Abstimmung mit den Füßen‘ über Kapitalismus oder Sozialismus in Deutschland! Denn Regierungs- und Wirtschaftssysteme sind wandelbar; aber aufgegebenem Boden bleibt verloren.

Wäre es nicht besser, wenn auch die Deutschen in der Bundesrepublik, und besonders ihre Politiker, die ja schließlich eine Verantwortung für ganz Deutschland tragen wollen, den Entschluß faßten, daß diese leichtfertige Gefährdung des verbliebenen deutschen Ostens aufhören muß, daß wenigstens das Land zwischen Elbe und Oder deutsch bleiben muß, unabhängig davon, ob dort nun eine Weile kapitalistisch oder sozialistisch gewirtschaftet wird?

Wenn sie sich zu diesem Entschluß durchringen, dann gibt es plötzlich ein großes gemeinsames Interesse für beide deutschen Regierungen. Wenn beide sich, als Ausgangspunkt, darüber einig sind, daß eine neue Massenabwanderung von Ost nach West auf jeden Fall verhindert werden muß, dann wird das Problem, wie man wieder normale Reise- und Besuchsmöglichkeiten in ganz Deutschland herstellen kann, lösbar. Es ist dann keine zu schwere Zumutung, diese Lösung in dem einen Jahr 1964 zu erreichen.“

Ähnlich wie der Schweizer Publizist Dr. *Hohler* sieht *Günter Pehl* im Leitartikel von *Wirtschaft, und Wissen* (Februar 1964) die Probleme. „Nicht so ängstlich in der Deutschlandpolitik“, lautet der Titel seiner Betrachtungen, aus denen wir hier wenigstens einige Absätze zitieren wollen:

„Die Passierscheinaktion wurde zu einer Quelle der Kraft und der Hoffnung für die

Mitbürger im Sowjetsektor, wie der Berliner Senat feststellte. Aber auch Millionen Menschen in der Zone und in der Bundesrepublik haben neue Hoffnung geschöpft. Sie hoffen darauf, daß die Berliner Passierscheinregelung kein einmaliger Vorgang bleibt, sondern daß sie zu einer dauerhaften, auf alle Berliner ausgedehnten Einrichtung wird. Vielleicht sind dann auch Erleichterungen für unsere Landsleute in der Zone möglich, z. B. Besuchsreisen in die Bundesrepublik für alte Menschen und bestimmte andere Gruppen.

Wir erheben mit Recht den Anspruch, für unsere Landsleute zu sprechen. Aber Reden genügen nicht. Wir sind zum Handeln verpflichtet, wenn es darum geht, ihr Leben wenigstens etwas zu erleichtern. Deshalb muß von unserer Seite alles Mögliche und Verantwortbare getan werden, um die Kontaktgespräche über die Passierscheinregelung zu einem erfolgreichen Abschluß zu bringen. Der auf Initiative des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, *Willy Brandt*, eingeschlagene Weg muß weitergegangen werden. Und diejenigen, die die Verantwortung für diese Gespräche tragen, verdienen unsere volle Unterstützung. Sie haben sie nötig. Denn leider gibt es keineswegs unmaßgebliche Politiker in der CDU/CSU und einige namhafte Journalisten, die es lieber gesehen hätten, wenn die Passierscheinvereinbarung nicht getroffen worden wäre ...

Die Frage, wann die Zonenregierung ‚faktisch‘ anerkannt wird, ist seit Jahren schon Gegenstand einer unfruchtbareren und überflüssigen Diskussion. Da niemand eigentlich genau sagen kann, wo die ‚faktische‘ Anerkennung beginnt, läßt sich um so trefflicher darüber streiten. Bezeichnenderweise gibt es z. B. nach der angelsächsischen Rechtsauffassung gar nicht den Begriff der ‚faktischen‘ Anerkennung. Nur wenn der Wille zur Anerkennung ausdrücklich erklärt wird, ist nach dieser Auffassung jemand anerkannt.

Das ist eine nüchterne und realistische Vorstellung. Bei uns Deutschen ist das viel schwieriger. Die Masche von der ‚faktischen‘ Anerkennung wird so fein gestrickt, bis sie uns schließlich jede politische Bewegungsfreiheit nimmt. Das aber ist die wirkliche Gefahr, denn unsere Deutschlandpolitik kann nur erfolgreich sein, wenn sie beweglich und dynamisch ist. Jede Dogmatik entfernt uns mehr von dem Ziel der Wiedervereinigung, wie uns nicht zuletzt die bittere Erfahrung seit mehr als einem Jahrzehnt lehrt..

Wer sich seiner eigenen Stärke bewußt ist, der wird nicht angstvoll jeder Verhandlung über Erleichterungen für unsere Landsleute in der Zone aus dem Wege gehen. Er wird selbst die Initiative in der Deutschland-Frage ergreifen, ohne auf den Leim der sowjetischen Drei-Staaten-Theorie zu gehen.“

### *Panama — ein Hexenkessel ungelöster Konflikte*

In der *National-Zeitung Basel* (Nr. 23, 15. 1. 1964) hat Prof. Dr. Dr. h. c. *Richard F. Behrendt*, Direktor des Instituts für Soziologie und sozio-ökonomische Entwicklungsfragen der Universität Bern, der seit einer Reihe von Jahren zum Mitarbeiterkreis unserer Zeitschrift gehört, eine umfassende Untersuchung unter dem Titel „Panama: Technischer Triumph und menschliches Versagen“ veröffentlicht. Aus Raumgründen müssen wir uns darauf beschränken, aus dieser Darstellung eines hervorragenden Kenners der Situation Zentral- und Südamerikas den Schlußabschnitt wiederzugeben, den Behrendt »Die Lehre“ überschrieben hat:

„Natürlich versuchen auch jetzt die ewig Denkschwachen, die Immobilisten um jeden Preis, die Agitation der Kommunisten als Alibi für ihr eigenes Versagen zu benutzen und verwechseln damit wieder einmal Ursache und Wirkung. Die Konflikte, mit denen wir es hier zu tun haben, bestanden schon, bevor an Kommunismus zu denken war. Sie entsprangen aus krassen Unterschieden der materiellen Entwicklung und der Kultur und sind durch Verständnislosigkeit und Drang nach Erhaltung von Monopolstellungen intensiviert worden. Allzu lange hat man sich in der ‚westlichen Welt‘ geweigert, zu verstehen, daß die einstmalen so wirksamen Methoden der ‚Dollar-Diplomatie‘ und des ‚großen Stocks‘ nicht nur anachronistisch, sondern lebensgefährlich geworden sind. Das hat den Kommunisten ihre Chance in Kuba, in Panama und anderswo in Lateinamerika geboten.

Für die USA und mit ihnen für alle nicht-kommunistischen Völker bedeutet Panama einen Fehlschlag, der nahezu so katastrophal ist wie Kuba: Nachdem dieses kleine Gebiet — ähnlich wie Kuba — 60 Jahre lang ein Pveservat nordamerikanischen Einflusses gewesen ist, nachdem es Hunderte von Millionen Dollar öffentlicher Gelder und privater Investitionen empfangen hat, zeigt sich jetzt vor aller Welt, wie unfruchtbar all das im wesentlichen gewesen ist: in der Gestaltung fruchtbarer zwischenmenschlicher Beziehungen und einer stabilen Wirtschafts- und Staatsordnung, die den berechtigten Erwartungen der bisher allzu schlecht weggekommenen Massen zu entsprechen vermag.

Angesichts der ungeheuren Überlegenheit der USA gegenüber ihren ‚Partnern‘ muß man diese Fehlschläge in erster Linie ihrem Unverständnis dafür zuschreiben, daß die von ihnen selbst in diese Länder getragenen technischen und wirtschaftlichen Neuerungen revolutionäre gesellschaftliche, und politische Auswirkungen gezeitigt haben, sowie ihrem Unvermögen, sich diesen veränderten Lagen

rechtzeitig und konstruktiv anzupassen. Das ‚Bündnis für den Fortschritt‘ war ein sehr später — und bisher größtenteils in Vorbereitungen steckengebliebener — Versuch, dieses Versäumnis nachzuholen. Man muß hoffen, daß er nicht zu spät gekommen ist.

Welche versäumten Gelegenheiten: In Panama, an dieser lebenswichtigen internationalen Verkehrsader im Zentrum des amerikanischen Kontinents, hätte sich eine zweisprachige Kultur herausbilden können, als Zeugnis gelebter — und nicht bloß proklamierter — guter Nachbarschaft zwischen Anglo- und Lateinamerikanern, als Modell-Werkstatt gemeinsamer Entwicklungsförderung. Statt dessen entstand ein Hexenkessel ungelöster Konflikte. Hier wie anderswo verhindert Abkapselung in atavistische Vorstellungen und Verhaltensweisen die Auswertung der einmaligen Möglichkeiten, die die neue Welt *allen* bietet. Die Folgerung ist klar: Wenn wir überleben wollen, müssen wir seelisch, geistig und gesellschaftlich mindestens ebenso elastisch und lernfähig werden, wie wir es seit langem naturwissenschaftlich, technisch und wirtschaftlich sind.

Diese große Lehre können wir aus dem Fall des kleinen Panama ziehen. Es ist höchste Zeit dafür!“

#### *Die Wahrheit über Lambarene*

Gegen *Albert Schweitzer* und sein Werk in Lambarene wird seit einigen Jahren ein systematischer Verleumdungsfeldzug geführt. Jetzt war *Roman Brodmann*, einer der kritischsten und eigenwilligsten unter den heutigen Schweizer Journalisten, in Lambarene. In der *Zürcher Woche* (Nr. 2, 10. 1. 1964) hat er über seine Eindrücke einen ungewöhnlich interessanten Bericht veröffentlicht, an dessen Schluß er sich fragt, welche Wurzeln dieser Diskriminierungsfeldzug gegen Albert Schweitzer habe und ob er etwa berechtigt sei. Angesichts der Bedeutung Albert Schweitzers und der grundsätzlichen Bedeutung der aufgeworfenen Fragen lohnt es sich, diese Abschnitte aus Brodmanns Darstellung hier wiederzugeben:

„Will man den unbequemen Freigeist treffen, indem man den ‚rückständigen Mediziner‘ kritisiert? Will man sein Manifest gegen die Atomrüstung entwerten, indem man den Verfasser als starrsinnigen und weltfremden Greis apostrophiert, der gerade noch für die erste Jahrhunderthälfte beispielgebend wirken konnte? Ist er das Opfer geltungsbedürftiger und oberflächlicher Journalisten, die herausgefunden haben, daß man sich in Lambarene ein rotes Röckchen der Zivilcourage holen kann, ohne Konsequenzen zu riskieren? Einiges davon mag zusammenspielen, nicht

zuletzt die Propaganda der Progressisten, in deren großsprecherisches Bild der Entwicklungshilfe Schweitzers Urwaldhütten nicht mehr passen.

Ich bin mit einem *Katalog notorischer Behauptungen* nach Lambarene gekommen. Hier ist er:

1. Albert Schweitzer sträubt sich gegen jeden medizinischen Fortschritt und besteht darauf, seine schwarzen Patienten mit völlig veralteten Methoden zu behandeln. *Die Wahrheit:* Das Urwaldspital ist ausgerüstet und arbeitet mit allen modernen Hilfsmitteln der Medizin und Pharmakologie.

2. Albert Schweitzer, der ein Feind der Motoren und der Technik ist, widersetzt sich hartnäckig allen elektrischen Einrichtungen, die dringend nötig wären. *Die Wahrheit:* Zwei Dieselgeneratoren versorgen die Behandlungsräume des Spitals mit elektrischem Strom verschiedener Spannungen, nämlich den Operationssaal und seine Nebenräume, die Apotheke, das Labor, die Konsultationsräume, das Röntgenzimmer und den Raum für Zahnbehandlung.

3. Albert Schweitzer gefährdet mit unsachgemäßen Eingriffen das Leben seiner Patienten. *Die Wahrheit:* Schweitzer selbst ist seit vielen Jahren als Mediziner nicht mehr aktiv. Vier tüchtige Ärzte erzielen bei jährlich über sechstausend Patienten ausgezeichnete Heilerfolge, die sogar über dem europäischen Durchschnitt liegen. Das Instrumentarium des Operationssaals und viele andere Einrichtungen gehen über den Anspruch eines schweizerischen Bezirksspitals hinaus.

4. Albert Schweitzer läßt seine schwarzen Patienten nach wie vor in armseligen Hütten ohne Toiletten, ohne fließendes Wasser, ohne elektrisches Licht liegen, während in Lambarene selbst ein hochmodernes Regierungskrankenhaus mit zeitgemäßem Komfort funktioniert. *Die Wahrheit:* Schweitzers Patienten liegen tatsächlich in Hütten und Baracken, wie vor zwanzig oder dreißig Jahren, nämlich genauso, wie sie es heute noch zu Hause auf ihren Dörfern gewohnt sind. Ihr Spitalaufenthalt entspricht ihren Lebensgewohnheiten und ihrem Lebensstandard. Ihr dörfliches Leben setzt sich im Urwaldspital fort, denn die Kranken bringen gesunde Angehörige mit, die werdenden Mütter ihre bereits vorhandenen Kinder. Albert Schweitzer und seine Ärzte denken nicht daran, allein der modischen Entwicklungshilfe-Optik wegen einen sinnlosen Komfort europäischen Musters hochzustapeln.

Wie recht sie damit haben, zeigt sich gerade im vielzitierten Regierungshospital in Lambarene. Ich fand dort einen jungen französischen Arzt, der für den Betrieb des Hau-

ses allein verantwortlich ist. Er führte mich in dem schmutzigen Steinbau (*Time-Magazin: „A modern antiseptic hospital“*) herum, zuckte resignierend die Achseln und sagte: ‚Was soll ich machen? Ich bin keine Putzfrau, sondern Arzt.‘ Da stehen Eisenbetten. Die Matratzen sehen aus wie Vagabundenlager und sind ein Dorado für Krankheitserreger. Der Operationsaal ist mangelhaft eingerichtet, aber das tut nicht viel zur Sache, denn es fehlt ohnehin ein zweiter Arzt, der bei einer einigermaßen anspruchsvollen Operation assistieren könnte. Kompliziertere Fälle schickt der Docteur über den Fluß: zu Albert Schweitzer. Die Betten im Regierungskrankenhaus sind knapp zur Hälfte belegt; Schweitzers Spital ist überfüllt und wird ständig erweitert.

Das ist die Wahrheit über Lambarene. Was sonst darüber verbreitet wurde, ist Liederlichkeit oder Niedertracht. Es bleibt dem Urteil jedes einzelnen überlassen, welche der beiden Möglichkeiten die gravierendere ist.“

### *Bewegung an der Lohnfront*

Mit dieser Überschrift veröffentlicht die *Süddeutsche Zeitung* (Nr. 10. 11./12. 1. 1964) einen Kommentar, in dem es heißt:

„Man macht es sich zu einfach, wenn man von den Gewerkschaften immer wieder Rücksicht auf das sogenannte allgemeine Wohl verlangt, sich selbst aber wenig an diese Maßstäbe hält. Die Gewerkschaften haben im vergangenen Jahr eine bemerkenswerte Einsicht in volkswirtschaftliche Zusammenhänge bewiesen. Sie sind jedenfalls für die Preissteigerungen nicht verantwortlich. Aber auch die Klagen der Gewerkschaften richteten sich an die falsche Adresse, wenn sie die Unternehmer für den Kaufkraftverfall verantwortlich machten. Der Hauptschuldige für den kräftigen Preisanstieg ist vielmehr *der Staat*, der sich um die Maßhalteparolen wenig kümmerte.

Der stellvertretende DGB-Vorsitzende *Beer-mann* dürfte bei den meisten Konjunkturforschern mit seinem Hinweis auf Verständnis stoßen, daß die Preise in diesem Jahr wesentlich stärker nach oben gehen, als es der neue Wirtschaftsbericht der Bundesregierung ankündigt. Es ist höchst unwahrscheinlich, daß sich die Lebenshaltung 1964 nur um 1,5 vH verteuert. Der CSU-Vorsitzende *Strauß* hat in seiner wirtschaftspolitischen Jungferrede im Bundestag zwar behauptet, die Mäßigung in der Lohnpolitik im letzten Jahr habe sich für alle gelohnt. In Wirklichkeit ging sie *auf Kosten der Arbeitnehmer*. Man wird deshalb Verständnis dafür aufbringen müssen, daß die Gewerkschaften im neuen Jahr, das ohnehin unter günstigeren Konjunkturaussichten steht, nicht wieder auf dem Pfad der Tugend vorangehen wollen.“

### *Hinweise*

Etwa zweimonatlich erscheint im Westdeutschen Verlag (Köln) die Zeitschrift *Offene Welt*, die jedes ihrer Hefte unter ein bestimmtes Geleitwort stellt. Nr. 82 hat das Motto „Ein neuer politischer Stil“; in diesem weiten Rahmen werden sowohl Grundsatzfragen wie Probleme der politischen Bildung und Fragen der Gesellschaftspolitik und der Entwicklungspolitik behandelt. Über politische Bildung schreiben der Berliner Bürgermeister *Heinrich Albertz* und die Professoren *Felix Messerschmid* und *Waldemar Besson*. Schwächen unserer freien industriellen Gesellschaft behandelt *Kurt A. Körber*, wobei er besonders die „unzulänglichen Mittel für die Gemeinschaftsaufgaben“, die Spannungen auf dem Arbeitsmarkt, die „kümmerliche Anpassungspolitik“ und „neue Formen sozialökonomischer Konfliktüberwindung“ aus der Sicht eines fortschrittlich eingestellten Unternehmers behandelt. Einen Beitrag zur Theorie und Praxis der Mitbestimmung liefert Dr. *Hans-Jürgen Teuteberg* (Universität Hamburg). Zur Entwicklungspolitik kommt ein wichtiger Aufsatz aus Israel, von Dr. *Ludwig Y. Oppenheimer*, unter dem Motto „Dynamik von unten — ein kritischer Aspekt der Entwicklungshilfe“, während ein junger griechischer Diplom-Volkswirt, *Panagiotis Papados*, der zur Zeit mit Forschungsaufträgen in Hamburg beschäftigt ist, unter dem Stichwort „praktizierte Weltoffenheit“ eine Untersuchung über die Lage der ausländischen Arbeitnehmer in der Bundesrepublik beisteuert.

Wohnungs- und Städtebau im Nahen Osten behandelt Dr. *Wolf Donner* in einem Länderbericht über Syrien; der ungewöhnlich interessante, mit Fotos, Plänen und Tabellen hervorragend illustrierte Aufsatz ist in Heft 1/1964 der Monatshefte für neuzeitlichen Wohnungsbau *Neue Heimat* erschienen, das außerdem aus der Bundesrepublik Beiträge über die Stadt Augsburg und über eine neue Siedlung bei Kiel sowie eine Darstellung der Änderungen des bisher geltenden Beihilferechts (Wohnbeihilfen) und weitere Informationen enthält.

Die Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) gibt ihr *ÖTV-Magazin* im neuen Jahr in einer noch wesentlich verbesserten Aufmachung heraus. Die in fast einer Million Exemplaren erscheinende reich illustrierte Zeitschrift mit einem monatlichen Umfang von 60 Seiten vernachlässigt über ihrer Hinwendung zur modernen Gestaltung mit vielen Fotos und Zeichnungen doch nicht ihre Informationspflichten und ihre gewerkschaftspolitischen Aufgaben, zu denen vor allem der Vorsitzende der ÖTV, *Adolph Kummernuss*, in jeder Ausgabe in einem lesenswerten Leitartikel Stellung nimmt. *W. F.*

## BUCHBESPRECHUNGEN

### BRUNO KREISKY DIE HERAUSFORDERUNG

Politik an der Schwelle des Atomzeitalters. Econ-Verlag, Düsseldorf-Wien 1963. 188 S., Ln. 14,80 DM.

Acht zu ganz verschiedenen Zeiten und an verschiedenen Orten gehaltene Vorträge des österreichischen Außenministers ließen dieses Buch entstehen, das, wie der Verfasser sagt, zwar nicht aus einem Guß ist, aber doch der gestellten Aufgabe gerecht wird, nämlich „zu zeigen, daß es Zweck hat, die große Herausforderung unserer Zeit anzunehmen, und daß es Sinn hat, an der Gestaltung der Zukunft mitzuwirken. *Dazu braucht man humane Toleranz, zivile Courage und Militanz der Gesinnung*“.

Wahrscheinlich hätte es der Leser begrüßt, erfahren zu dürfen, wann und wo die einzelnen Vorträge gehalten wurden, um ihr Gewicht noch besser würdigen zu können. Sehr aufschlußreich ist beispielsweise die Schilderung, wie es zum österreichischen Staatsvertrag, an dem *Kreisky* mitgewirkt hat, kam, durch den sich Österreich auf die Befolgung einer Neutralitätspolitik „nach schweizerischem Vorbild“ festlegte und nicht etwa gegen seinen Willen von Moskau darauf festgelegt wurde. Schon zwei Jahre nach Kriegsende hatte der damalige Bundespräsident Dr. *Renner* betont, „daß die Republik Österreich für die Zukunft eine ähnliche Rolle und Bestimmung beansprucht wie die Schweizer Eidgenossenschaft“.

Daß es dann noch Jahre dauerte, bis die Neutralisierung Österreichs in Moskau ziemlich überraschend auf Zustimmung stieß, hängt offenbar damit zusammen, daß der Kreml seine Hoffnung auf eine baldige Lösung der deutschen Frage aufgab, weshalb es keinen Sinn mehr gehabt hätte, Österreich noch länger warten zu lassen. In dieser Lage bot die Neutralisierung Österreichs zudem eine Garantie gegen den neuerlichen Anschluß an Deutschland. Schließlich lag den neuen Führern im Kreml in jenem Zeitpunkt viel daran, mit einem weithin sichtbaren Zeichen ein neues Kapitel der sowjetrussischen Außenpolitik zu eröffnen. *Kreisky* glaubt dagegen nicht, daß die Sowjetunion mit ihrem Entgegenkommen gegenüber Österreich den Zweck verfolgte, Deutschland mit der Verlockung der Neutralität aus dem Nordatlantischen Bündnisssystem herauszuholen.

Sehr beachtenswert ist auch die Stellungnahme *Kreiskys* zur Koexistenz, die für ihn die Alternative zur Nichtexistenz ist: „Sie scheint mir somit besser als der Krieg, aber schlechter als der Friede zu sein. Unbestrit-

ten ist jedenfalls, daß sie ein Maximum an erreichbarem Nichtkriegszustand in dieser Epoche eines weltweiten ideologischen Polarisierungsprozesses darstellt.“ Folgerichtig vertritt er die Auffassung, daß „schon eine limitierte Abrüstung, die das Gleichgewicht in den internationalen Beziehungen nicht aufhebt“, sinnvoll wäre. Gewissermaßen in Vorwegnahme des Moskauer Abkommens über das Teilverbot der Atomversuche verlangt *Kreisky* ein Atomtestmoratorium, das fühlbar zur Stabilität beitragen könnte. Aber in Abweichung von der offiziellen westlichen These, die bisher ein vollständiges Testverbot verhindert hat, versichert *Kreisky*, daß auch *kleinere Untergrundexplosionen* „durch verfeinerte seismische Instrumente einwandfrei von natürlichen Erderschütterungen unterschieden werden“ können.

Ohne sich im geringsten in wirklichkeitsfernen Wunschträumen zu verlieren, bestätigt *Kreisky* erneut seinen Ruf als ein von abgenutzten Schablonen unabhängiger Denker, gleichzeitig aber als erfahrener, unablässig in die Zukunft späher Praktiker.

*Bruno Küster*

### THEODOR HEUSS ERINNERUNGEN 1905—1933

Rainer Wunderlich Verlag Hermann Leins, Tübingen 1963. 460 S., Ln. 19,80 DM.

Auf seine Jugenderinnerungen „Vorspiele des Lebens“ hat *Theodor Heuss* noch diesen zweiten Band seiner Erinnerungen folgen lassen können; er beginnt mit seinem „beruflichen Anfang“ und endet bei Hitlers Macht ergreifung. Es ist tröstlich zu wissen, daß *Heuss* das Erscheinen dieses Buches, das ihm so sehr am Herzen lag, noch erleben durfte — und es ist erfreulich für uns, daß wir es besitzen. Denn es ist (mag man sich auch über dieses oder jenes sehr subjektive und gelegentlich wohl auch zu harte Urteil ärgern) ein kluges, fesselndes, gedankenreiches, lebenswürdiges Buch — ein Buch von *Heuss*. Daß es auch von vielem handelt, das außerhalb der Politik im engeren Sinne liegt — von Kunst und Künstlern, Literatur und Presse, Reisen und Persönlichem —, das versteht sich bei der Vielseitigkeit der Persönlichkeit und des Wirkens von *Theodor Heuss* von selbst; für den Leser ist es ein zusätzlicher Gewinn.

Im Mittelpunkt von *Heuss*' Leben und Tätigkeit aber stand auch in diesen knapp drei Jahrzehnten die Politik, die deutsche und zeitweise vorweg die württembergische: *Friedrich Naumann* und sein Kreis, die Bemühungen um die Schaffung einer bürgerlich-demokratisch-liberalen Partei im kaiserlichen und dann wieder im republikanischen Deutschland, die Kontakte zur Sozialdemokratie, die er-

folgreichen und erfolglosen Kämpfe um ein Mandat zum Landtag oder Reichstag, die Perioden parlamentarischer Tätigkeit: das sind einige der politischen Themen und Schauplätze dieser Erinnerungen. Dabei fehlt es weder an Anekdoten und reizvollen Details noch an bedenkenswerten politischen Urteilen, wie etwa dieses: „Romantik ist geistesgeschichtlich etwas Wunderschönes und sicherlich nicht bloß ein Besitz des deutschen Genius — aber Romantik in der Politik ist eine gefährliche Sache, zumal wenn sie sich ideologisch verbrämt“ oder auf dem Gebiet der Kunst: „... in Mykene kam mir zum ersten Mal der Gedanke, welche andere Schattierung der deutsche Klassizismus erfahren hätte, wenn Goethe einmal hier gewesen wäre und die Antike nicht wesentlich in den römischen Kopien, in der Interpretation durch *Winckelmann* kennengelernt hätte.“

Unnötig zu sagen, daß Heuss über Friedrich Naumann, Bülow, Bethmann-Hollweg, Bebel, Ludwig Frank, Ebert, Stresemann, Luther, Brüning, Hindenburg, Papen, Gustav Stolper, Kurt Riezler (um nur ein paar Namen zu nennen) viel Interessantes zu erzählen und zu sagen hat — kurzum: daß es sich um ein zeitgeschichtliches Erinnerungswerk von hohem Rang und mit viel Charme handelt, das wohlgeeignet ist, die lebenswerte Gestalt von Heuss auch für kommende Generationen lebendig zu erhalten.

Dr. Walter Fabian

TONI STOLPER

#### EIN LEBEN IN BRENNPUNKTEN UNSERER ZEIT

Gustav Stolper 1888—1947. Rainer Wunderlich Verlag Hermann Leins, Tübingen 1960. 502 S., Ln. 28,50 DM.

Gustav Stolper, dessen Lebensweg und Wirken in Politik und Wirtschaft von seiner Witwe dargestellt ist, stammte aus einer jüdischen, von Polen nach Wien eingewanderten Familie. Als Herausgeber des „Oesterreichischen Volkswirt“ und später des „Deutschen Volkswirt“ in Berlin hat er sich einen Namen über die Grenzen Österreichs und Deutschlands hinaus erworben und in der Hitlerzeit auch in den USA eine sehr geachtete Stellung eingenommen. Für ihn waren Wirtschaftsprobleme, so sehr er sich auch mit Details befaßte, nie losgelöst vom gesellschaftlichen Ganzen, weshalb auch innen- und außenpolitische Betrachtungen nie in seinen Wirtschaftszeitschriften fehlten. Stolper war ein Liberaler, den *Friedrich Naumann* in besonderem Maße erregt und angeregt hat. Aus diesem Kreis stammt auch die über alle schweren Zeiten bewahrte Freundschaft mit *Theodor Heuss*.

Stolper hat geraume Jahre die österreichisch-ungarische Doppelmonarchie miterlebt und bei aller Bejahung derselben in seiner Zeitschrift ihre vielen Gebrechen wirtschaftlicher, sozialpolitischer und politischer Art (falsche Behandlung der Slawen u. a.) gebrandmarkt. Bezüglich des Ausbruchs des ersten Weltkrieges schob er vor allem Österreich die Schuld zu; Deutschlands Rolle wurde von ihm weitgehend entschuldigt. Die Politik der siegreichen Alliierten (Versailler Vertrag, Hinauszziehung der endgültigen Festsetzung der Reparationssumme für Deutschland u. a.) hielt er für ganz verfehlt. In den Jahren 1920/21 legte er der österreichischen Regierung einen Finanzplan vor, nach dem die gesamte Wirtschaft branchenweise in autonome Steuerverbände zusammengefaßt werden sollte, die alle in einer Industrie Beschäftigten (Unternehmer, Händler, Arbeitnehmer) einschlossen. Es war die Zeit, in der viele solche Pläne auftauchten, aber nicht durchgeführt wurden. Stolper, der ein Eiferer gegen Doktrinarismus war und sich nie mit dem Sozialismus, geschweige denn Marxismus, anfreunden konnte, mußte in Kriegs- und Krisenzeiten doch einsehen, daß größere staatliche Lenkungsmaßnahmen notwendig seien. Er huldigte selbst der Doktrin, daß persönliche Freiheit ein „freies“ (privatkapitalistisches) Unternehmertum zur Voraussetzung habe.

Österreich ging aus dem ersten Weltkrieg sehr verarmt hervor. Die Regierung des Prälaten *Seipel* kam 1922 von Verhandlungen mit den Siegermächten mit den sogenannten Genfer Protokollen heim, die zwar finanzielle Hilfe zusagten, aber u. a. mit dem Verzicht auf den Anschluß an das Deutsche Reich verbunden waren. Stolper war aus wirtschaftlichen und politischen Gründen überzeugter Anhänger des Anschlusses. Als die Enttäuschungen über die in Österreich betriebene Politik sich häuften, beschäftigte er sich immer zentraler mit Problemen der deutschen Politik und Wirtschaft. Es war ihm sehr erwünscht, daß er im Herbst 1925 an den „Berliner Börsencourier“ geholt wurde. Ein Jahr später konnte er zusammen mit einigen anderen Anteilseignern den „Deutschen Volkswirt“ auf die Beine stellen.

In dieser Zeitschrift wurden bis zum bitteren Ende im Jahre 1933 wesentliche wirtschaftliche, sozialpolitische und politische Probleme Deutschlands und der Welt gründlich behandelt. Toni Stolper läßt an Hand der alten Nummern der Zeitschrift den Leser an diesen Darstellungen und Analysen teilnehmen. Hier und da flicht sie, bei aller Bewunderung für ihren Mann, auch kritische Bemerkungen ein. In vielen Dingen hat Stolper Weitblick bekundet, so als er entsetzt zur Wahl *Hindenburgs* als Reichspräsident Stellung nahm, als er schon frühzeitig seine Be-

denken gegen Artikel 48 der Weimarer Verfassung zu Papier brachte u. a. m.

Der „Deutsche Volkswirt“ nahm zur Zeit der großen Weltwirtschaftskrise lebhaften Anteil an den immer zahlreicher werdenden konjunkturpolitischen Vorschlägen des In- und Auslandes. Stolper selbst stellte 1929 wieder einen eigenen Finanzplan zur Diskussion. Weitgehend billigte er den 14-Punkte-Plan des sozialdemokratischen Finanzministers *Hilferding*, den er aber als zu spät und als von der eigenen Partei Hilferdings viel zu schwach verteidigt kennzeichnete. Stolper bedauerte tief, daß die Sozialdemokraten 1930 von der großen Koalition zurücktraten. Die Maßnahmen des nachfolgenden Kabinetts *Brüning* wurden von Stolper scharf bekämpft.

Im Oktober 1929 wurde auf dem Mannheimer Parteitag der Demokratischen Partei ein von Stolper entworfenes Parteiprogramm angenommen, das in einer Reihe von Punkten darstellt, was Demokratie sei. Es ist im Anhang des Buches im Wortlaut wiedergegeben.

Im Herbst 1930 erhielt Stolper als Kandidat der Demokratischen Partei in Hamburg ein Reichstagsmandat. In jenem Reichstag hatten die Demokraten nur noch 14 Sitze, während die Nationalsozialisten es auf 107 Sitze gebracht hatten. Stolper wandte sich in Wort und Schrift eindeutig scharf gegen diese Kreise. Er war schon vorher von *Schacht* abgerückt, der früher auch Mitglied der Demokratischen Partei gewesen war, aber eine jähe Wendung zu den äußersten Rechtskreisen vollzogen hatte. Stolper war ein entschiedener Gegner der vielfach zu hörenden Meinung, die Nationalsozialisten würden sich schnell „abnützen“, setzte aber 1932, als diese einen Rückschlag bei den Wahlen erlitten hatten, große Hoffnungen auf die Zentrumsparlei. Er unterschätzte die Rolle prominenter Großindustrieller bei der Finanzierung der NSDAP; Toni Stolper verniedlicht in der Biographie auch jetzt noch diese Rolle, indem sie Geldsammlungen auch in anderen Kreisen und hohe Eintrittsgelder bei vielen NSDAP-Veranstaltungen als schwerwiegender hinstellt. Die antinazistische Haltung und illegale Tätigkeit in der Arbeiterschaft wird in dem Buch überhaupt nicht erwähnt!

An der Jahreswende 1932/33 gründete Stolper einen „Bund für wirtschaftliche und politische Bildung“, in dessen Dienst der „Deutsche Volkswirt“ stehen sollte. Aber es war zu spät, Hitler und seine Kolonnen waren Sieger. Es gelang Stolper aber noch, die Zeitschrift zu verkaufen und mit seiner Familie legal in die Schweiz zu fahren; kurze Zeit darauf wäre er, wie sich herausstellte, verhaftet gewesen. Noch im gleichen Jahr übersiedelte die Familie nach den USA, wo ein neuer Abschnitt intensiver Berufstätigkeit und

eine Erweiterung des Freundeskreises für den nie den Mut Verlierenden begann.

Als dann Amerika in den zweiten Weltkrieg einbezogen wurde, konnte die gute materielle Basis der Familie durch die Verwaltung der in Amerika liegenden Vermögen einiger Künstler und Wissenschaftler und durch Vorträge erhalten werden. Vor der Einbeziehung der USA in den Krieg entstanden zwei Bücher: „Die Deutsche Wirtschaft 1870—1940“ und „This Age Of Fable“ (Dieses Zeitalter der Fehldeutungen). Beide Bücher enthalten sehr zur Diskussion anregende Gedankengänge; ihr wesentlicher Inhalt wird von Toni Stolper wiedergegeben.

Stolper war inzwischen amerikanischer Staatsbürger geworden. 1947 gehörte er der Delegation des ehemaligen Präsidenten *Hoo-ver* an, die mehrere europäische Großstädte besuchte und mit ihren Vorschlägen zur Bekämpfung der Hungersnot der großen Marshallplan-Aktion den Weg bahnte. Stolper sah schon frühzeitig eine neue Bedrohung des Weltfriedens durch die Sowjetunion heraufziehen und erhob deshalb seine Stimme gegen die zunächst erfolgende Abrüstung der USA. Das Ergebnis des Besuches von Deutschland und mehrerer anderer Länder Europas war ein weiteres Buch von Stolper: „German Realities“. In ihm wurden auch Probleme des zukünftigen Friedens in Europa angeschnitten. *Heuss* schrieb das Vorwort zur deutschen Ausgabe. Schließlich plante Stolper noch ein Buch „Über die Freiheit“. Es konnte aber nicht mehr geschrieben werden, im Dezember 1947 endete das Leben des 69jährigen.

Toni Stolpers Buch ist lesenswert für jeden, der sich mit ökonomischen und politischen Fragen befaßt und der glaubt, aus der Geschichte schließlich doch etwas lernen zu können. *Irmgard Enderle*

#### SELMA STERN JOSEL VON ROSHEIM

Befehlshaber der Judenschaft im Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation. Veröffentlichung des Leo-Baeck-Instituts. Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart 1959. 279 S., Ln. 24,80 DM.

In der Reformationszeit erwuchs der deutschen Judenheit ein Führer in dem elsässischen Juden Josel von Rosheim, der nicht wie frühere „Reichsrabbiner“ ein vom deutschen Kaiser eingesetzter, sondern von den deutschen Juden selbst gewählter Vertreter war.

Josel von Rosheim (geboren wahrscheinlich 1478) ist der Großneffe der Endinger Juden, die am Laubhüttenfest des Jahres 1462 eine Bettlerfamilie ermordet haben sollten, wofür man sie allerdings erst acht Jahre später anklagte. Drei Brüder (seine Großonkel) wurden gefoltert und „gestanden“, an den Bettlern



(einem Ehepaar und zwei Kindern) einen Ritualmord begangen zu haben. Sie und vier Pforzheimer Juden, die man als Gäste der Brüder zu Mitschuldigen ausersehen hatte, wurden verbrannt. Alle Juden wurden aus Endingen vertrieben. (Diese Ritualmordgeschichte ist auch deshalb so „berühmt“ geworden, weil in Endingen seit Anfang des 17. Jahrhunderts das „Endinger Judenspiel“ aufgeführt wurde.) Joseis Vater Gerson, hat Zeit seines Lebens unter dem Eindruck dieses Ereignisses gestanden und es seinem Sohn vor den biblischen Geschichten erzählt.

Die unruhigen Zeiten, in denen den Juden immer wieder Austreibungen, Ritualmord- oder Hostienschändungsprozesse drohten, in denen sie angeklagt wurden, zu hohen Zins zu nehmen, Diebesware zu verkaufen und was dergleichen mehr, gaben Josel bald Gelegenheit, seine Kenntnisse jüdischer Rechte, die ihnen die Kaiser zugestanden hatten (vor allem zum Schutz gegen die Fürsten, den Adel, die Städte usw.) im Dienste der Bedrohten zu verwenden. 1529 wählten ihn die Vertreter aller Juden im Reich zu ihrem „Befehlshaber“, nachdem er bereits zwanzig Jahre lang der Landjudenschaft des Elsaß als Anwalt (neben seinem Beruf als Geldhändler) gedient hatte. Er war auf allen Reichstagen zugegen und reiste vierzig Jahre lang (davon 25 Jahre als „Befehlshaber“) in alle Orte, in denen Juden bedroht wurden, um ihnen beizustehen. Und die Juden mußten für alles herhalten.

„Für die Fürsten, die gegen den Kaiser rebellierten und ihm das Judenregal zu entreißen strebten, wurde dieses Hoheitsrecht zu einem Symbol ihres Sieges oder ihrer Niederlage über das Oberhaupt des Reichs... In den eben sich bildenden obrigkeitlichen Territorialstaaten wurde die Frage der Aufnahme oder Ausweisung der Juden zu einer gefährlichen machtpolitischen Auseinandersetzung zwischen den Landesherrn und den Landständen... Für die Katholiken wurde der Jude der Erreger des Protestantismus... während die Protestanten in ihm den Papisten, den Sektierer, den Ketzler sahen... Der Bürger, der Mann der Tradition und der Autorität, machte ihn für den Ausbruch der großen sozialen Revolution verantwortlich und für die Untergrabung der heiligen Ordnung im Reich, während der ‚gemeine Mann‘ in der Stadt und der Bauer auf dem Lande, die die Rechtsgleichheit aller Stände und die Aufteilung der Güter erstrebten, ihn zum Mitläufer der Kapitalisten und Monopolisten stempelte, die für ihn Reichtum und Besitz symbolisierten“, schreibt Selma Stern (S. 10). Auch den Vorwurf des Landesverrats mußte er abwehren: „Im Jahre 1530 verbreitete sich das Gerücht hartnäckig unter den Völkern: Die Juden schwärzen uns beim Türken an. Diese Verleumdungen kamen auch unserem Herrn, dem Kaiser und König, zu Ohren. Und man

machte uns vogelfrei und untersagte uns, viele Länder zu betreten“, zitiert Selma Stern aus den Memoiren Joseis (S. 80).

In einer Disputation mit dem getauften Juden Margaritha, die er auf Befehl Karls V. auf dem Reichstag in Augsburg (1530) halten mußte, trug er den Sieg über die Verleumdungen und falschen Darstellungen des Konvertiten davon (der dann allerdings *Luther* in seinen judenfeindlichen Ausfällen beeinflusste).

Josel erkannte auch die Veränderung des wirtschaftlichen Systems und versuchte, es in Einklang mit den Lebensnotwendigkeiten der Juden und den Lehren der Heiligen Schriften zu bringen. Er legte in einem (Trost-)Brief an die hessischen Juden seine Grundsätze der Toleranz, des sittlichen und wirtschaftlichen Verhaltens (vor allem zum Zinsnehmen) der Juden gegenüber den Christen und der Juden untereinander nieder. Dieser Brief erlangte weite Verbreitung, weil er die Erwiderung auf die Schmähchrift eines evangelischen Theologen (eines ehemaligen Dominikaners) war. In seinen weiteren Schriften tritt er immer wieder den grauenvollen Verdächtigungen entgegen, die nicht zuletzt durch *Luther* unterstützt wurden. Aber auch sein eigenes Volk versucht er zu unterrichten. In seinem religiösen Hauptwerk, *Sefer Hamikneh*, greift er auf die jüdische Überlieferung der mittelalterlichen *Chassichm*, des *Maimonides* usw. zurück, er versucht, den Juden ihr Martyrium zu deuten, aber er lehnt die Lehre der Chassichm ab, „Erniedrigung und Verachtung zu erleiden, ohne sich zu wehren“ (S. 184).

1530 lud er die Vertreter der Judenschaft nach Augsburg und vereinbarte dort mit ihnen zehn Artikel, in denen die Grundsätze für das Leben in der verwandelten und sich wandelnden Welt niedergelegt sind. „Joseis ‚Artikel und Ordnung‘ stellen den ersten großzügigen Versuch dar, das Leben der Juden von innen her zu reinigen, ihre morsch gewordene soziale und wirtschaftliche Lage umzugestalten und sie den veränderten sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen der Umwelt anzupassen. Er konnte ein solch praktisches und ‚positives Reformprogramm‘ aufstellen, weil er selber mitten im tätigen Leben stand und die wirtschaftlichen Bedingungen, die gesellschaftlichen Zusammenhänge und die geistigen Grundlagen der jüdischen wie der christlichen Welt kannte“ (S. 100). Der Reichstag jedoch verabschiedete trotzdem seine judenfeindlichen Beschlüsse, die den Juden nun auch noch den Geldhandel verbieten wollten.

Dieses Leben zwischen Erfolg und Mißerfolg — nicht für sich, sondern für sein Volk — stellt er am Ende seines Lebens in Memoiren dar. Er stirbt 1554 auf dem Weg nach Heidelberg, wo er den Juden von Dangols-

heim die Austreibung ersparen wollte. Sein Grab ist unbekannt.

Selma Stern hat die Stationen dieses Lebens lebendig und bewegend geschildert. Das war sicher keine leichte Aufgabe, da viel Quellenmaterial — z. B. die Akten des Reichshofrats, des alten Reichstags usw. — für ihren Gegenstand neu erschlossen werden mußten. Zum Verständnis seines Wirkens und Lebens hat sie in umfassender Weise die Zeitgeschichte gezeichnet und so für den heutigen Leser zugleich ein Kapitel deutscher Geschichte vergegenwärtigt.

Selma Stern hat die Biographie Josel von Rosheims *Leo Baeck* gewidmet. „Ich kann dieses Buch, das ich dem Lebenden versprochen habe, nur noch dem Andenken des Toten widmen, der sich Josel von Rosheim in mancher Beziehung wesensverwandt gefühlt hat“, sagt sie in der Einleitung (S. 14), und sie ist der Meinung, daß wir „durch das Erlebnis der gegenwärtigen Geschichte der Gestalt des Josel von Rosheim ein tieferes Verständnis als frühere Generationen entgegenzubringen“ vermögen. *Annemarie Zimmermann*

HEINZ - DIETRICH ORTLIEB  
DIE LEGENDE  
VOM VOLKSKAPITALISMUS

Käthe Vogt Verlag, Berlin 1963. 76 S., geb. 4,80 DM.

Ebensowenig wie aus dem Herrschaftsapparat der Sowjetzone dadurch ein demokratisches Staatswesen wird, daß man ihm das Mäntelchen der „Volksdemokratie“ umhängt; wird die Bundesrepublik allein schon dadurch zu einem gesellschafts- und wirtschaftspolitisch fortschrittlichen System, daß sie außer mit der Plakette „Soziale Marktwirtschaft“ auch noch mit dem Orden des „Volkskapitalismus“ verziert wird. An diese Erkenntnis erinnert auch das neueste Büchlein von Prof. Ortlieb. Er nennt den Volkskapitalismus eine „Legende“ und betont, „daß die Idee vom Volkskapitalismus kein echtes Leitbild ist, sondern eine Fata Morgana“.

Soweit Ortlieb dies für die von Unternehmenseite geäußerte angebliche Bereitschaft, die Arbeitnehmer an der Vermögensbildung zu beteiligen, nachweist, ist ihm ebenso zuzustimmen, wie seiner Kritik an der Privatisierung durch Volksaktien. Es ist ihm auch beizupflichten, wenn er nachweist, daß die Eigentumsfrage heute für die Arbeitnehmerschaft bei weitem nicht mehr die Rolle spielt wie ehemals, und Freiheit und Sicherheit des Menschen weniger von einer Kleinvermögensbildung als vielmehr von einem störungsfreien Wirtschaftswachstum, Vollbeschäftigung, Ausbau der Sozialversicherung und besseren Bildungs- und Aufstiegschancen abhängt. Ortlieb glaubt aber auch, daß die Beteiligung der

Arbeitnehmer am Vermögenszuwachs der Großunternehmen (Gleitze-Plan) „unrealistisch“ sei, da die vom Sozialfonds ausgegebenen Anteilscheine veräußert würden und damit aus Investivlohn Konsumlohn würde. Verböte man die Veräußerung, so würde dennoch eine Nivellierung der Einkommensunterschiede eintreten. Dies aber müßte zwangsläufig ebenfalls zu einer Erhöhung der Konsumquote und zur Senkung der Sparquote führen. „Die größte Gefahr bestünde wohl in einer allgemeinen Kapitalflucht.“

Diese Beweisführung überzeugt nicht. Von Gewerkschaftsseite ist nie bestritten worden, daß eine Änderung der Vermögensbildung keine generelle Lösung der „sozialen Frage“ oder des Ordnungsproblems bedeutet; aber auch die von Ortlieb als „eine kleine zusätzliche Sicherung“ bezeichnete Bildung von Kleinvermögen bei den Arbeitnehmern sollte nicht bagatellisiert und als unmöglich hingestellt werden. Es ist hier nicht möglich, dies eingehend darzulegen. Es sei nur angemerkt, daß Ortlieb selbst darauf hinweisen muß, daß „die Einkommensverteilung . . . immer eine willkürliche, konventionelle Angelegenheit“ ist. Wenn dem so ist, dann kann sie aber auch *geändert* werden. Auch ohne Vollbeschäftigung, Wirtschaftswachstum und stabile Währung zu gefährden, ist es möglich, die angeblichen „Gesetze“ der Wirtschaft zu verändern und damit auch die Vermögensbildung zugunsten der Arbeitnehmerschaft umzugestalten. Wenn Ortlieb glaubt, daß dies „an den Mechanismen der Marktwirtschaft“ scheitern müsse, so geht er von einer Wirtschaft aus, die nur einen Teilbereich unserer heutigen Mischwirtschaft darstellt.

Ungeachtet dieser Einwendungen kann die flüssig und einprägsam geschriebene Abhandlung von Ortlieb allen Gewerkschaftern, die sich mit dem Problem der Eigentumsbildung auseinandersetzen wollen, empfohlen werden.

*Dr. Kurt Hirdoe*

KONRAD LORENZ DAS  
SOGENANNTTE BÖSE

Zur Naturgeschichte der Aggression. Verlag Dr. G. Borothen-Schoeler, Wien 1963. XV u. 415 S., Ln. 22 DM.

Es ist nicht alltäglich, daß in dieser Zeitschrift das Werk eines Naturwissenschaftlers besprochen wird. Seit *Darwin* und *Haeckel* ist ja das, was in den Naturwissenschaften geschieht, zumeist in der politischen Diskussion unbeachtet und für sie unberücksichtigt geblieben. Das mag an der fortschreitenden Aufspaltung und Differenzierung dieser Wissenschaften liegen, die wachsend Spezialprobleme bearbeiten, deren Relevanz für die allgemeine Situation nicht leicht erkennbar ist. Um so erfreulicher, wenn ein Fachmann, der bekannte Verhal-

tensforscher *Konrad Lorenz* (früher sagte man „Tierpsychologe“), selbst über die Bedeutung seiner streng fachlichen Untersuchungen für die Menschen und die Gesellschaft reflektiert, wie das in vorliegendem Band der Fall ist.

Im Tierreich weist Lorenz an zahlreichen Beispielen nach (von denen den Leser jedes als Wunder anmutet, dessen Erkennen unsagbar viel selbstlos beobachtende und deutende Arbeit kosten mußte), daß der bei vielen Tieren vorhandene Aggressionstrieb arterhaltende Funktion hat: er dient nämlich dazu, dem Einzelwesen und seiner Nachkommenschaft den ihnen notwendigen Lebens- und Jagdraum von Konkurrenten derselben Spezies frei zu halten. Bei in „anonymer Schar“ lebenden Tieren (etwa Ratten-Großfamilien) entscheidet der Geruch, ob ein Einzelwesen als Genosse erduldet wird und man mit ihm zusammenlebt oder ob es als Todfeind vernichtet wird. Erst auf höherer Entwicklungsstufe unterscheidet ein Einzelwesen das andere gleichsam als Person. Es nimmt diesen individuellen Partner von der sonst immer auftretenden Aggression gegen Artgenossen aus, womit die Grundvoraussetzung für Liebe und Freundschaft zu diesem einen und ganz bestimmten Artgenossen gegeben ist. Damit ist Aggression und Aggressionshemmung (zur Arterhaltung) ein wesentlicher Motor für die höchsten Neigungen im Individuum. Bei den Graugänsen — also nicht nur bei Säugetieren — finden wir das bis zum ritualisierten „Verloben“ hin ausgebildet; Lorenz, der sich vorzugsweise mit diesen Vögeln beschäftigte, hat das mit großer Liebe und Genauigkeit aufgezeichnet.

Aggression als arterhaltender Trieb, und wenn man seinen regulierenden Gegentrieb mit einbezieht, als der Antrieb zur Individuation und zur höchsten psychischen Leistung: der Zuneigung zum anderen konkreten Einzelwesen: das ist eine so neuartige Einsicht, daß es naheliegt, darüber auch im Hinblick auf den Menschen und seine Gesellschaft zu reflektieren, wie es der Autor tut.

Das Ergebnis dieser nicht mehr naturwissenschaftlichen, sondern weltanschaulich riskierenden Gedankengänge ist fruchtbar für uns alle. Aus klarer, mutiger, heute leider fast unzeitgemäßer rational-induktiver Überlegung ergibt sich, daß die Aggression als solche für die Gesellschaft nicht negativ zu bewerten ist. Ihre Unterdrückung — so wird an tierischen und menschlichen Beispielen gezeigt — führt zu bedenklichen Erscheinungen wie Neurosen. Mit Predigten, den Nächsten zu lieben und den Aggressionstrieb zu unterdrücken, ist wenig getan, da der im Menschen nun einmal vorhandene und stark selektierte Trieb betätigt werden muß. Es bleibt — wie es auch die Psychoanalyse sieht — nur zweierlei: einmal die nüchternen, ra-

tionale Einsicht in die Zusammenhänge, und weiter: die Zielsetzung für den Aggressionstrieb, der im Menschenleben als Begeisterung und Enthusiasmus auftritt, so zu wählen, daß der an sich wichtige Trieb, auf den auch jeder zivilisatorische Fortschritt zurückgeht, sich für die Allgemeinheit positiv auswirkt. Nachdrücklich wird vor dem unkompenzierten Trieb in der menschlichen Gemeinschaft gewarnt, dessen letzte Auswirkung die Vernichtung der Menschheit durch die Wasserstoffbombe sein könnte.

Einsicht und Nüchternheit, Pathos als das erkennen, was es ist, nämlich vermenschlichter Aggressionstrieb, das sind die hervorstechendsten Kennzeichen dieses Buches, das nicht nur wegen der frappierenden Ergebnisse, sondern auch wegen der Methode vorbildlich für den politisch Nachdenklichen ist.

Zum Schluß sei noch der Hinweis gegeben, daß von hier aus auch unsere Wirtschaftsordnung als selektiver Prozeß zugunsten der Aggression verstanden und kritisiert wird. Neudurchdenken der Begeisterungsziele wäre also nicht nur für den politischen, sondern auch für den wirtschaftlich-sozialen Bereich dringend notwendig.

*Dr. Alfred Franz*

GÜNTER MERLE

#### DER FREIWILLIGE SOZIALE AUFWAND IN DER INDUSTRIE UND SEINE BETRIEBSWIRTSCHAFTLICHE BEHANDLUNG

Verlag Walter de Gruyter & Co., Berlin 1963. 162 S.,  
Lb. 28 DM.

Würde man die Schlußbetrachtungen des Verfassers zu Beginn der Lektüre seines Buches lesen, dann wäre man geneigt, dieses gleich beiseite zu legen, weil notwendig Zweifel an seiner Ernsthaftigkeit aufkommen. Schreibt doch Merle: „Der heutige Arbeitnehmer steht zwischen Betrieb und Gewerkschaft. Die Gewerkschaft ist gezwungen, mehr und mehr zu fordern, selbst wenn sie im Grunde genommen einsieht, daß ihre Forderungen wirtschaftspolitisch gefährlich sind, um mit ‚Erfolgen‘ ihre Existenz zu wahren und ihre Mitglieder nicht zu verlieren. Allein aus dieser Einstellung heraus ist die ablehnende Haltung der Gewerkschaften gegen den freiwilligen sozialen Aufwand zu verstehen.“

Aber auch sonst ist der Autor mitunter vornehm und wenig sachverständig in seinem Urteil. Schreibt er doch an anderer Stelle: „Leider haben die Fehlschläge auf diesem Gebiet (der Partnerschaftsverträge) jedoch gezeigt, daß der Arbeitnehmer in den Zeiten des Erfolges gern an diesem teilnimmt, aber bei rückläufiger Ertragsentwicklung ein schlechter Partner ist.“ Allerdings schränkt er dieses Urteil andererseits dann wieder etwas ein

mit der Bemerkung, die Zukunft könne erst zeigen, „ob der gewählte Weg des Partnerschaftsgedankens falsch war oder zu früh eingeschlagen wurde“. Eine solche globale Verurteilung des Arbeitnehmers auf Grund der spärlichen und gewiß unterschiedlichen Erfahrungen, die bislang in dieser Hinsicht gesammelt werden konnten, kennzeichnet sich selbst.

Man kann sehr wohl über den Begriff der „Freiwilligkeit“ bei betrieblichen Sozialleistungen streiten. Die Meinungen darüber gehen auseinander. Wenn aber schon durch das Fehlen eines „Vorbehalts“ von seiten des Arbeitgebers nach Gewohnheitsrecht und auch nach der Rechtsprechung aus einer ursprünglich „freiwilligen“ Leistung im Laufe der Zeit eine solche wird, auf die ein Rechtsanspruch besteht, dann kann man füglich nicht — wie der Autor — davon sprechen, das „ändert nichts an dem Charakter des freiwilligen sozialen Aufwands“. Entweder ist das ein Streit um Worte oder aber Spiegelfechterei, was auf das gleiche hinausläuft.

Merle legt großen Wert auf das Beiwort „freiwillig“. Dadurch grenzt er diesen sozialen Aufwand von dem gesetzlichen und tariflichen ab, selbst für den Fall, daß der Unternehmer aus wirtschaftlichen Gründen gezwungen ist, diese Leistungen zu gewähren. Bleibt allerdings die Frage offen, daß alles das, was nun einmal aufgewendet, auch von den Arbeitnehmern miterwirtschaftet wird, und somit für sie ein Anspruch darauf in der Natur der Sache begründet liegt. Letzten Endes ist der Betrieb nicht nur eine Produktionsstätte, sondern auch ein soziales Gebilde, das gewisse soziale Verpflichtungen hat, wohl gemerkt: Verpflichtungen. Wer das nicht einsehen, der wird logischerweise auch die Kleiderhaken im Betrieb als soziale Einrichtung deklarieren müssen!

Hier offenbart sich die Vordergründigkeit des ganzen Streites um die Begriffe. Die Problematik liegt tiefer begründet: Der Betrieb hat ganz einfach seiner Natur nach bestimmte Maßnahmen zu ergreifen, die — kraß gesprochen — über die Lohn- und Gehaltszahlung hinausgehen; und das um der Menschen willen, die darin beschäftigt sind. Statt um Begriffe zu streiten, sollte man den gesamten Ertrag des Unternehmens sehen und sich mehr mit der Frage auseinandersetzen, inwieweit die Belegschaften an diesem Ertrag über ihren normalen Lohn hinaus zu beteiligen sind.

Aber das war zweifellos nicht das Ziel des vorliegenden Buches, das sich mit der betriebswirtschaftlichen Behandlung des sozialen Aufwandes befassen wollte. Das ist wiederum seine interessante Seite für den betrieblichen Fachmann; andererseits zeigen sich, wenn der Autor dieses Gebiet verläßt, deutlich seine Schwächen.

Lambert Dalbert

ERICH FREY

## DER GRUNDSATZ DER GLEICHBEHANDLUNG IM ARBEITSRECHT BEI GELDlichen ANSPRÜCHEN

Verlag Dr. E. W. Müsseller, Köln 1963. 132 S., cellophaniert 13,80 DM.

Mit welchem Gebiet des Arbeitsrechts man sich auch beschäftigen mag, mit Sicherheit wird man auf den Namen Dr. *Erich Frey* stoßen und dann beim Nachlesen regelmäßig interessante und wohldurchdachte Äußerungen finden. Insbesondere wird sich bei jedem am Arbeitsrecht Interessierten fast zwangsläufig eine Gedankenverbindung zwischen dem Namen Frey und dem Gleichbehandlungsgrundsatz einstellen. Denn die Vorliebe des Autors für dieses die Freiheit des Arbeitgebers einschränkende Prinzip dokumentiert sich in einer imponierenden Zahl von Veröffentlichungen. Allein 15 Aufsätze von ihm und eine Broschüre aus dem Jahre 1954 zu diesem Thema werden in dem gerade in 7. Auflage erschienenen Lehrbuch des Arbeitsrechts von *Hueck-Nipperdey* zitiert. An seine zahlreichen — über mehrere Jahre erschienenen — Versuche zu einer Dogmatisierung des Gleichbehandlungsgrundsatzes erinnert sich jeder, der die arbeitsrechtlichen Zeitschriften verfolgt. Es ist daher nicht zuviel gesagt, wenn man anlässlich des vorliegenden neuen Werkes einmal feststellt, daß Frey die Entwicklung dieses Rechtsprinzips auf dem Gebiet des Arbeitsrechts mit geprägt hat und für seinen sogenannten Siegeszug in diesem Bereich mitverantwortlich ist.

In den vergangenen Jahren konnte man gelegentlich Stimmen hören, die die zahlreichen Dogmatisierungsbemühungen Freys um den Gleichbehandlungsgrundsatz als doch allzu abstrakt und praxisfern abzuwerten versuchten. Es mag dahinstehen, ob diese Kritik berechtigt war oder ob hier eine — für die begriffliche Erfassung dieses Rechtsprinzips einfach notwendige — Arbeit verkannt wurde. Auf jeden Fall bietet das vorliegende Werk für solche Kritik keinen Ansatzpunkt. Ein eminent praktisches Teilgebiet aus dem umfassenden Anwendungsbereich des Gleichbehandlungsgrundsatzes hat der Autor hier herausgegriffen. Die Stichworte sind: Lohn, Gratifikation, Ruhegeld und andere Sonder Vorteile (Fahrtgeld- und Verpflegungszuschüsse, Mietbeihilfen und Zuwendungen bei besonderen Anlässen).

Zahllose Einzelfälle aus Entscheidungen sind hier verwertet und zu einem geschlossenen Bild zusammengefügt. Ein gut gegliedertes Inhaltsverzeichnis und ein umfangreiches Sachregister helfen dem Praktiker, den ihn interessierenden Abschnitt zu finden.

Alles in allem eine grundlegende Darstellung des Gleichbehandlungsgrundsatzes auf einem besonders bedeutsamen Teilgebiet, eine Fundgrube für die Praxis, in der sich auf nahezu alle einschlägigen Fragen eine Antwort findet.  
Dr. Manfred Hässler

HANS - PETER SCHWARZ  
DER KONSERVATIVE ANARCHIST

Politik und Zeitkritik Ernst Jüngers. Verlag Rombach, Freiburg im Breisgau 1962. 320 S., 29,50 DM.

Die umfangreiche Arbeit gibt eine ernsthaft wissenschaftliche Darstellung der Figur und Entwicklung *Ernst Jüngers*, seiner geistigen Wurzeln und Herkunft, seiner literarischen und politischen Wirksamkeit und Wirkung. Man könnte zweifeln, ob Ernst Jünger diese wissenschaftliche Mühe verdient; sicher verdient er sie als Typus und um seiner Wirkung willen. Es ist ähnlich wie bei den nationalsozialistischen Führerfiguren, die selber weniger interessant sind als ihre Wirkung. Jünger hat allerdings eine andere Schicht als jene beeinflußt und nationalistisch vergiftet, nämlich den anspruchsvollen Teil des intellektuellen Bürger- und Beamtentums; er hat dieser Schicht einen vollkommen unberechtigten Rassehochmut und ein Elitebewußtsein beigebracht. Durch Aufputz von Bildung und philosophischem Vokabular hat er dieser Schicht im Verhältnis zu den vulgären und ungeschliffenen Nazis ein kulturelles Alibi verschafft. Ernst Jünger ist der deutsche Musterfall der „trahison des clerics“ im Sinne von *Julien Benda*, des Verrats der Intellektuellen an den Werten der Vernunft, der Universalität und Menschlichkeit, die uns von den Jahrhunderten her überkommen waren. Der Krieg, die Nation, die Rasse, der „kühle Machtmensch“, der „rücksichtslos und ohne Blutschau“, der mit „schicksalsbedingter Superiorität“ der „ungeheuersten Weltwende entgegengeht“, (er ging!) und „der die seichte Demokratie wie die Pest haßt“ — das ist das Inventar der Jüngerischen Gedankenwelt.

Man könnte seitenlang weiterzitieren; es ist das Vokabular des Irrationalismus, aus dem *Goebbels* geschöpft hat, wenn er sich die intellektuelle Maske vorband. Die Figur des „Arbeiters“, die Jünger hinzustellen versuchte, ist ein synthetisches Produkt, das mit dem wirklichen Arbeiter rein nichts zu tun hat. Es handelt sich um einen Saloneinfall ohne jede Realität, den Jünger aber offenbar, weil er von ihm selber stammte, für bedeutend genug gehalten hat, um ihn auszubauen. In dieser Schrift vom „Arbeiter“ präformiert und idealisiert er den nationalen Totalitarismus mit sichtlichem Vergnügen. Den Liberalismus verachtet er ganz besonders. Es ist mir neben dem Schwarzsehen Buch ein Aufsatz Jüngers zur Judenfrage (Süddeutsche Mo-

natshefte, September 1930) in die Hand gekommen, in dem er dem italienischen Faschismus vorwirft, daß er noch mit dem „Zivilisations-Juden“ auf gutem Fuße stehe, denn der Faschismus sei nichts als ein später Zustand des Liberalismus .. Für Deutschland hofft er, daß es „einer eigenen und strengeren Lösung fähig“ sei. Dieser Wunsch nach einer „strengeren Lösung“ ist ihm bekanntlich erfüllt worden.

Allerdings hat ihn dann die Wirklichkeit des totalitären Staates später doch enttäuscht. Nach Kriegsende erschien die Schrift „Der Friede“, in der nun Gerechtigkeit, Freiheit, Vernunft, Wahrheit, Güte, ja sogar Frömmigkeit, gepriesen werden, jene Werte, die ihm in seiner dynamisch-kriegerischen Periode Gespött waren. Die Hand, die dem Menschen helfen will, muß nun „rein von Frevel und Gewalttat“ sein. Aber auch die neue Gesellschaft kommt nicht ohne die Elite, ja sogar ohne eine „kleine Elite“ aus. Auch auf die Figur des Arbeiters kommt er zurück. „Der Friede ist dann gelungen, wenn die Kräfte, die der totalen Mobilmachung gewidmet waren, zur Schöpfung freier werden. Damit wird das heroische Zeitalter des Arbeiters sich vollenden, das auch das revolutionäre war. Der wilde Strom hat sich das Bett gegraben, in dem er friedlich wird. Zugleich wird die Gestalt des Arbeiters, aus dem Titanischen sich wendend, neue Aspekte offenbaren: es wird sich zeigen, welches Verhältnis sie zur Überlieferung, zur Schöpfung, zum Glück, zur Religion besitzt.“ (S. 54 in „Der Friede.“) Wer denkt da nicht an das Sprichwort von der alten Betschwester!

Das Geheimnis dieser Bekehrung ist einfach: Weder die Verherrlichung der Gewalt noch die neue humanitäre Geste sind echt. Es ist alles eitel (in jedem Sinne dieses Wortes), Produkt eines bindungslosen, die Elitepose über alles liebenden Literaten, der eine gute Nase für die Wandlungen der intellektuellen Moden und der Bedürfnisse eines gewissen Bürgertums hat, das der sozialen und politischen Realität auszuweichen versucht. Er stellt gerade das dar, was er und seinesgleichen in der Weimarer Zeit als wurzellosen bindungslosen Intellektualismus verachtet haben. Aber eben diese verachteten Leute, die Juden, Sozialisten, „Kulturbolschewisten“ usw., das waren die, die sich an eine Sache banden, und die ihre Person über einer Sache zu vergessen imstande waren. Während Ernst Jünger über alle europäischen Katastrophen und eigenen Umstellungen weg der narzistische, nur an sich selbst gebundene Sprachcharakterist bleibt, der er immer gewesen ist, mit einer bemerkenswerten Fertigkeit, Banalitäten in aparte, dunkel-seherische Form zu bringen.

In der Schwarzsehen Arbeit klingt gelegentlich eine negative Wertung und kritische Di-

stanz an. Im ganzen scheint mir aber die Tonart um einige Noten zu hoch und zu respektvoll. Das schmälert jedoch das wissenschaftliche Verdienst des Buches kaum.

Dr. Richard Schmid

#### LEO KOFLER ZUR THEORIE DER MODERNEN LITERATUR

Der Avantgardismus in soziologischer Sicht. Luchterhand Verlag, Neuwied, Copyright 1962. 285 S., Glanzfolie 19,80 DM.

Leo Kofler ist 1907 in Polen geboren. Im Jahre 1944 erschien in Bern unter dem Pseudonym *Stanislaw Warynski* sein noch heute beachtenswertes Buch „Die Wissenschaft von der Gesellschaft“. Der Autodidakt und Außen-seiter Kofler erwarb später in Wien mit dieser Arbeit den Doktorgrad. In der damaligen sowjetischen Besatzungszone schrieb Kofler das umfangreiche Werk „Zur Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft“ und erhielt dort eine Professur. Nach seiner Flucht in die Bundesrepublik im Jahre 1950 veröffentlichte Kofler, der jetzt in Köln lebt, mehrere Bücher und Schriften philosophisch-soziologischer und politischer Natur. Sie ließen bereits auf Koflers besonderes Interesse an der Literatursoziologie schließen. Dem Luchterhand-Verlag ist es zu danken, daß Kofler seine Lieblingsidee verwirklichen konnte. Das Buch ist im Unterschied zu früheren Veröffentlichungen Koflers in einer Ausstattung herausgebracht worden, die das Lesen nicht mehr zur Qual macht.

Das Buch bleibt eine Anmerkung zur modernen Literatur. Kofler versteht Literatur als ein „Stück menschlichen Schicksals“. Auseinandersetzung mit ihr kann „nicht ‚rein ästhetisch‘ sein“. Es geht Kofler um die Entfremdung und um ihre Überwindung: „Die Menschen können nur noch miteinander reden und verstehen sich sehr gut, weil ein totales Einverständnis herrscht, allerdings auf der Grundlage der ebenso totalen Leere und Einsamkeit. Diese Einsamkeit besteht nicht darin, daß sie als ‚Isolierte‘ einander nicht verstehen, sondern darin, daß sie einander nichts zu sagen haben.“ Für Kofler ist dieses „nur ein Vorurteil des bürgerlichen, dekadenten und deshalb verzweifelten Individuums“ (S. 18). Kofler spricht vom „reißenden Strom des Nihilismus“ und sieht die Überwindung im Realismus, bei *Brecht*.

Es gibt nicht viele Bücher bei uns, die die Entfremdung, das „epische Theater“ und den Realismus, die *Kafka*, *Adorno*, *Lukács* und *Brecht* von diesem Ansatz aus behandeln. Das macht das Buch interessant. Doch was Kofler von der großen marxistischen Literaturkritik — etwa von *Hans Mayer* — trennt, ist der Stil und die fehlende Ausarbeitung im Detail. Manchmal fragt man sich, ob Kofler nicht

merkt, daß sprachliche und gedankliche Unge-tüme — wie etwa der folgende Satz — selbst den wohlmeinenden Leser abstoßen: „Faßt man das Überschreiten der rationalen Erfahrungswelt als anthropologisch und soziologisch, also wiederum rational abgeleitetes Ideal eines möglichen Menschen, den man ‚utopisch‘ voraussetzt, um sich ihm geschichtlich in einem unendlichen Prozeß anzunähern, dann denkt man marxistisch“ (S. 247).

Sehr wichtig nimmt Kofler die Auseinandersetzung mit *Theodor W. Adorno*. Er stellt ein Kapitel unter die Frage: „Lukacs oder Adorno?“ Doch wer hofft, hier eine fundierte, d. h. die Voraussetzungen des Adornoschen Ansatzes bloßlegende Kritik zu finden, wird enttäuscht. Es bleibt bei einem Versuch, Lukacs gegen Adorno zu verteidigen.

Trotz dieser Schwächen des Buches wäre es schade, wenn es nur bei einigen Studenten und Literaturwissenschaftlern Beachtung finden würde.

Jürgen Seifert

#### DIE WELT DES ISLAM UND DIE GEGENWART

Herausgeber Rudi Paret. W. Kohlhammer Verlag, Stuttgart 1961. 206 S., brosch 11,80 DM.

„Der atheistische Kommunismus des Ostens und der unmoralische Existenzialismus des Westens suchen, sogar in gemeinsamer Arbeit, unsere Grundlagen, unsere Existenz, unseren Willen und unseren Humanismus zu erschüttern, indem sie sich bemühen, unsere Religion und unseren Glauben an einen einzigen Gott hinwegzuschwemmen und uns dergestalt zu einer leichten Beute für diese beiden höllischen Strömungen zu machen, die miteinander im Bösen und Perversen wetteifern. Wir aber ... in diesem gesegneten Land, Land der Propheten, Wiege der Offenbarung, Vaterland der Liebe, des Friedens und des Erbarmens, wo menschliche Zivilisation geboren wurde, wir lehnen es ab und Gott lehnt es ab, daß die Menschheit bei uns rückschreite, daß unser Volk in Schimpflichkeit und Verbrechen tauche und daß nach so großem Ruhm wir so tief sinken sollen“ zitiert *G. E. von Grunebaum* den ägyptischen Kultusminister *Kamal ad-Din Husain* und beleuchtet damit schlaglichtartig den ideologischen Schwulst, mit dem arabische Führer ihre Unsicherheit kompensieren und die Massen über ihr Elend hinwegtäuschen. Ohne sich um ein wirkliches Quellenstudium und eine kritische Interpretation der eigenen Geschichte zu kümmern, wird die große Vergangenheit beschworen. Ohne daß es eine echte wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem europäischen Kulturkreis als Gegenstück westlicher Orientalistik gäbe, wird der materialistische Occident dem spirituell

ausgerichteten Orient gegenübergestellt, wobei fast vollkommen der Blick dafür fehlt, welchen Antriebskräften die europäische Kultur ihre gewaltige Entwicklung seit der Renaissance zu verdanken hat. In dem vielleicht interessantesten Beitrag dieses Buches („Kulturwandel in arabischer Sicht“) betont *Grunebaum* denn auch, den Begriff des Kulturwandels an die arabische Welt heranzutragen, bedeute den Versuch, die Entwicklung nach Gesichtspunkten zu zeichnen, die dem Denken der Betroffenen im Grunde fremd seien. „Die Ungeduld der arabischen Länder, nebstbei die beste Bundesgenossin des Kommunismus und einer autoritären Staatsführung, läßt immer wieder das kurzfristig nützliche, die psychologischen Bedürfnisse des Augenblicks unkritisch Befriedigende in den Vordergrund rücken, bis Mythos und Kunde, Einsicht und Wunschtraum im Bewußtsein der Gemeinschaft nicht mehr zu trennen sind“ (S. 179 f). Die politische Entwicklung der arabischen Welt eilte der intellektuell-ideologischen voraus und die „Krise der Politik wird mehr und mehr zu einem Versagen des Menschentums, dessen soziale Disziplin und dessen Sinn für das eigene Maß erst im Werden sind“ (S. 180).

*Rudi Paret* und *Jörg Kraemer* weisen in ihren Beiträgen über „Islam und Nationalismus im vorderen Orient“ und „Islamische und abendländische Kultur: Unterschiede und Wechselwirkungen“ darauf hin, daß die rechtstheoretische Konzeption des Islam, die grundsätzlich zwischen dem islamischen Weltreich und dem Kriegsgebiet unterscheidet, letztlich keinen Frieden zwischen beiden kennt, sondern nur einen beschränkten Waffenstillstand. „Die Lehre von der Verpflichtung zum Heiligen Krieg gegen die Ungläubigen, die Feinde des Islam, lebt auch heute noch im Bewußtsein der breiten Massen, etwa in Ägypten weiter. In Situationen politischer Hochspannung kann sie zu einer akuten Gefahr für Leib und Leben aller Nichtmuslime werden, die das Unglück haben in Reichweite zu sein. Man denke an die Ausschreitungen des Kairoer Mobs am 26. Januar 1952. ...“ Sosehr auch die islamische Welt in ihrer kulturellen Blüte das europäische Mittelalter befruchtete, wie *Kraemer* in seinem schönen Beitrag noch einmal bewußt werden läßt, so wenig sollte man verkennen, daß die arabische Welt seit Jahrhunderten stagnierte, die kopernikanische Wendung Europas vom Mittelalter zur Neuzeit nicht mitvollzogen hat, ohne daß ein böserartiger Imperialismus dies verhindert hätte. Und dabei geht es ja weit weniger um das Schwinden schöngestiger Kultur, als primär um das Entwickeln einer sozialen Ordnung, die dem entsprechen könnte, was europäische Kultur gern mit Menschenwürde umschreibt.

Wer einmal das Elend in ägyptischen Städten gesehen hat, der fragt nicht nur, wo-

her *Kamal ad-Din Husain* die Unverfrorenheit nimmt, von einem Land der Liebe und des Erbarmens zu reden, sondern bedauert auch, daß die Beiträge *Parets*, *Kraemers* und *von Grunebaums* bei allen kritischen Ansätzen doch allzu sehr der Tradition von Orientalistik und Islamkunde verhaftet bleiben, die sich an kulturellen Spitzenleistungen orientieren, ohne den Blick für das soziale Leben genügend zu schärfen. Insbesondere fehlt dem Band, der offenbar mehr zufällig „Die Welt des Islam und die Gegenwart“ heißt, eine kritische Betrachtung der islamischen Religion als stimulierendem oder retardierendem Moment der Entwicklung. *Walter Laqueur* tippt in seinem Aufsatz „Soziale Wandlungen im Nahen Orient“ diese Frage zwar an, geht ihr aber leider nicht weiter nach. Überhaupt hätte man sich gerade seinen Beitrag ausführlicher gewünscht, wofür man dann gern auf die Reiseplaudereien *Daniel van der Meulens* zumindest an diesem Orte verzichtet hätte. So einfach lassen sich „die politischen Probleme der arabischen Welt“ nicht abhandeln. Während *Hermann von Wissmann* 34 Seiten Text und 8 Seiten Anmerkungen einer sehr wissenschaftlichen, sehr trockenen und vorwiegend historisch interessierten Untersuchung von „Bauer, Nomade und Stadt im islamischen Orient“ widmet, handelt *Rudolf Stucken* „Die wirtschaftlichen Entwicklungsprobleme arabischer Länder“ allzu kursorisch auf gut zehn Seiten ab und verweist im übrigen auf seine ausführliche Untersuchung für den Verein für Sozialpolitik. *Wolfgang Oehme* berichtet über das Nahost-Öl und die Rohölversorgung Europas, *Paul Pulewka* über Wissenschaft und Bildung in der modernen Türkei und *Otto Heinrich Volk* über die Wechselbeziehungen zwischen den Lebewesen und ihrer Umwelt (Ökologie) in Afghanistan. Für den Sozialwissenschaftler am erregendsten ist indes ein Aufsatz, von dem er kaum hoffen könnte, daß er ihm — an anderer Stelle publiziert — begegnet wäre: *Ludolph Fischers* Beitrag über „Geomedizinische Forschung und Seuchenbekämpfung in den Ländern des Mittleren Orients“. Er macht nicht nur bekannt mit der noch wenig verbreiteten Wissenschaft der Geomedizin, sondern schlägt auch zugleich die notwendige Brücke zur Sozialmedizin, indem er ausdrücklich die Lebensgewohnheiten der Menschen in seine Untersuchung miteinbezieht, etwa wenn er vermerkt, wie sehr das islamische Gebot der rituellen Waschungen immer neue Gelegenheit zur Verunreinigung der Wasserläufe gibt, kultische Reinheit des Wassers also nicht identisch ist mit hygienischer Sauberkeit.

Schon diese nur sparsam mit Kritik bedachte Aufzählung der in diesem Bande vereinigten Aufsätze läßt das Unternehmen *Parets*, eine Ringvorlesung der Tübinger Universität in Buchform vorzulegen, als frag-

würdig erscheinen. Sich einem Thema von den verschiedensten Seiten zu nähern, ist der gute Sinn des „Studium Generale“. Wenn dabei das Niveau der verschiedenen Beiträge bedenklich schwankt, so mag dies bei einer Vorlesungsreihe angehen, sofern man von Studenten ein gewisses Maß kritischen Vermögens erwarten darf. Für eine Publikation aber hätten die einzelnen Beiträge entweder ebenso gründlich wie der *Wissmanns* überarbeitet werden müssen, um die Kenntnisse des mit dem Thema schon Vertrauten zu vertiefen oder aber gestrafter und stärker auf das Thema bezogen sein müssen, um dem Laien einführend zu dienen. So bietet das Buch den einen zu wenig, den anderen zu viel.

*Hermann Meier-Cronmeyer*

**JOACHIM VON SPINDLER**  
**DAS WIRTSCHAFTLICHE WACHSTUM**  
**DER ENTWICKLUNGSLÄNDER**

Eine Einführung. W. Kohlhammer Verlag, Stuttgart 1963.  
304 S., kart. 19,80 DM, Ln. 26 DM.

Dieser Beitrag zur neueren Entwicklungsliteratur zeichnet sich auf den ersten Blick dadurch aus, daß er das Problem wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung auch unter Berücksichtigung der moderneren Wirtschaftstheorie behandelt. Er untersucht nicht nur allgemein verwendete Größen wie Prokopfeinkommen, Multiplikator, Akzellerator usw. auf ihre Aussagekraft und Brauchbarkeit bei der Analyse des Entwicklungsprozesses, sondern beschäftigt sich auch eingehend mit den älteren Vorstellungen von *Marx* und *Schumpeter* und mit den jüngeren Wachstumstheo-

rien von *Harrod*, *Domar*, *Rostow* u. a. Hier wie überhaupt kommt die Vertrautheit des Autors mit der angelsächsischen Fachliteratur zum Ausdruck.

Große Teile des Buches handeln von einzelnen volkswirtschaftlichen Faktoren wie Agrarverfassung, Berufsausbildung, Außenhandel (terms of trade), Sparprozeß sowie dem Wirken der Finanz- und Währungspolitik. Joachim von Spindler vereinigt in sich einige Fachkenntnisse besonderer Art. Als Ministerialrat a. D. im Bundesfinanzministerium und späterer Berater der Regierung von Malaya vermag er theoretische und praktische Erfahrungen gleichermaßen zu nutzen und gegeneinander abzuwägen. Er kommt deshalb immer wieder zu dem Schluß, daß allzu abstrakte Modelle herzlich wenig auszusagen haben, wenn es gilt, mit sehr konkreten Situationen fertig zu werden und sehr konkrete Ziele anzusteuern. Hier erweist sich dann häufig, wie gering unser Wissen um die Fakten in den unterentwickelten Regionen der Welt ist. Eines der Verdienste, die sich der Autor mit seinem Buch erwirbt, scheint uns darin zu liegen, daß er auf etliche tiefgreifende Unterschiede zwischen dem Fortentwicklungsprozeß in hochindustrialisierten Ländern und dem Beginn des Marsches in die Zeit der Massenproduktion und des Massenkonsums in Entwicklungsländern verweist, ein anderes darin, daß er Anregungen gibt, mit welchen wirtschafts-, finanz- und steuerpolitischen Mitteln der Entwicklungsprozeß in diesen Ländern angereizt und in die gewünschten Bahnen gelenkt werden kann. Wenn das Buch auch streckenweise einige theoretische Vorbildung verlangt, so wird doch seine Lektüre für jeden Interessierten von Gewinn sein.

*Dr. Wolf Donner*

**MITTEILUNG** *Thomas Wimmer*, bis 1960 Oberbürgermeister von München, ist am 18. Januar 1964 im Alter von 77 Jahren gestorben. DER REDAKTION Mit der Bevölkerung Münchens und vielen Mitbürgern in der

Bundesrepublik trauern um diese kraftvolle Persönlichkeit, die sich ein Leben lang in finsternen und helleren Zeiten tapfer für die Überwindung der Sorgen und Nöte der arbeitenden Menschen einsetzte, auch der Deutsche Gewerkschaftsbund und besonders die Gewerkschaft Holz, der *Thomas Wimmer*, ursprünglich Schreiner, seit seiner Jugend zugehörte.

*Kurt Offers*, Jahrgang 1923, schloß seine Studien im Jahre 1955 als Diplom-Volkswirt ab. Danach war er beim Hauptausschuß der Arbeiterwohlfahrt in Bonn tätig; seit 1957 ist er Referent im Innenministerium von Nordrhein-Westfalen.

*Edgar Schranz*, 1930 in Wien geboren, gehört zu den aktivsten Publizisten der österreichischen Gewerkschaftsbewegung; wir erinnern an seinen Aufsatz „Gewerkschaft und Arbeiterkammern in Österreich“ in Heft 12/1959 dieser Zeitschrift.

*Karl Fred Zander*, der schon in Heft 3/1962 der GM zu Fragen der Tarifautonomie zu Wort kam, ist nach zweieinhalbjähriger Tätigkeit als Leiter der Abteilung Wirtschaft beim DGB-Landesbezirk Hessen jetzt in der Pressestelle beim Vorstand der IG Metall, Frankfurt, tätig.